

Fachbereich Europa informiert

Newsletter 07-2022
vom 25.08.2022

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleg*innen,

hiermit übersenden wir Ihnen den Newsletter mit den neuesten Informationen aus dem Fachbereich Europa.

Mit besten Grüßen

Lennart Walter

TOP 1 Fachbereich Europa	2
1.1. Fachbereichsversammlung Europa, 08.09.2022 um 13:30 Uhr [digital]	2
TOP 2 EU-Politik und Nachrichten	2
2.1. Vom 1.7. bis 31.12.2022: Tschechien hat den Vorsitz im Rat der EU inne	2
2.2. Wirtschaftsprognose Sommer 2022	2
2.3. Politikprogramm für die digitale Dekade	2
2.4. Jahresbericht zur Beschäftigung	3
2.5. Übersicht: Hilfreiche Webseiten für Geflüchtete aus der Ukraine in der EU	3
2.6. Wege zum schulischen Erfolg	3
2.7. EU-Regeln zur Barrierefreiheit in Kraft	3
2.8. Ziele der Mitgliedstaaten für ein sozialeres Europa bis 2030	4
TOP 3 Förderaufrufe und Ausschreibungen	4
3.1. ESF Plus des Bundes: Integration durch Qualifizierung (IQ)	4
3.2. Bürgerschaftliches Engagement	4
3.3. Kombination aus Kapazitätsaufbau und bürgerschaftlichem Engagement	5
3.4. Erasmus+ - Europäisches politisches Netzwerk im Bildungsbereich für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund	5
3.5. Erasmus+ - Europäisches politisches Netzwerk für Lehrer*innen und Schulleiter*innen	5

TOP 1 | Fachbereich Europa

1.1. Fachbereichsversammlung Europa, 08.09.2022 um 13:30 Uhr [digital]

Zu unserer kommenden Fachbereichsversammlung lade ich Sie herzlich ein.

Termin: **Donnerstag, 08.09.2022**

Zeit: **13:30 bis 16:00 Uhr**

Ort: Digital via Zoom

Die Versammlung wird ganz im Zeichen der aktuellen Themen und Ihren Bedarfen für die Arbeit im Fachbereich stehen. Von 13:30 bis 14:30 Uhr werden die aktuellen Arbeitsschwerpunkte des Fachbereichs vorgestellt. Anschließend werden wir Ihre Fragen, Anregungen und Bedarfen für den Fachbereich Europa in den Mittelpunkt stellen. Abschließend wird die Wahl zum Sprecher*innengremium des Fachbereiches Europa stattfinden. Die Tagesordnung finden Sie im Anhang der E-Mail.

Wir bitten Sie um eine Anmeldung per Email an sabine.glanz@paritaetischer.de. Die Login-Daten erhalten Sie vor der Veranstaltung per E-Mail.

Wir freuen uns auf zahlreiche Anmeldungen aus unseren Mitgliedsorganisationen.

TOP 2 | EU-Politik und Nachrichten

2.1. Vom 1.7. bis 31.12.2022: Tschechien hat den Vorsitz im Rat der EU inne

Am 1.7.2022 hat Tschechien turnusgemäß den Vorsitz im Rat der EU von Frankreich übernommen. Bis Ende des Jahres wird das Land die Sitzungen und Tagungen auf allen Ebenen des Rates vorbereiten und leiten sowie die Agenda der EU voranbringen. Die Prioritäten Tschechiens, die in einem Programm (hier in englischer Sprache abrufbar) zusammengefasst werden, sind die Bewältigung der Flüchtlingskrise und Wiederaufbaus der Ukraine nach dem Krieg, Energiesicherheit, Stärkung der europäischen Verteidigungs- und Cybersicherheit, strategische Widerstandsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und Resilienz demokratischer Institutionen. Ab Januar 2023 übernimmt dann Schweden den Ratsvorsitz.

Weitere Informationen:

https://www.mzv.cz/berlin/de/pressemitteilungen_reden_texte/die_tschechische_regie-rung_stellte_das.html

2.2. Wirtschaftsprognose Sommer 2022

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine wirkt sich weiter negativ auf die EU-Wirtschaft aus, beeinträchtigt das Wachstum und führt zu höherer Inflation als in der Frühjahrsprognose erwartet. In der Wirtschafts(zwischen)prognose Sommer 2022 wird davon ausgegangen, dass die Wirtschaft in der EU 2022 um 2,7% und 2023 um 1,5% wachsen wird. Für das Euro Währungsgebiet steht ein Wachstum von 2,6% im Jahr 2022 zu erwarten, das im Jahr 2023 auf 1,4% zurückgehen dürfte.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4511

2.3. Politikprogramm für die digitale Dekade

Die Kommission begrüßt die politische Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat der EU über das Politikprogramm für 2030: Weg in die digitale Dekade. Das Programm schafft einen Überwachungs- und Kooperationsmechanismus, um die im Digitalen Kompass 2030 dargelegten gemeinsamen Ziele und Vorgaben für den digitalen Wandel in Europa zu erreichen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4503

2.4. Jahresbericht zur Beschäftigung

Die Kommission hat am 12. Juli 2022 ihren Jahresbericht zur Beschäftigung und sozialen Lage in Europa veröffentlicht. Hieraus geht hervor, dass junge Menschen am stärksten unter Jobverlusten infolge der Corona-bedingt schlechten Wirtschaftslage leiden. Ferner fiel die Erholung für sie langsamer aus als für andere Altersgruppen. Mögliche Erklärungen sind der hohe Anteil befristeter Arbeitsverträge sowie Schwierigkeiten beim Einstieg ins Berufsleben. Der neue Bericht dient dazu, beschäftigungs- und sozialpolitische Maßnahmen festzulegen, um junge Menschen wirtschaftlich unabhängig zu machen, zumal sich die sozioökonomische Lage infolge der russischen Ukraineinvasion weiter verschlechtert.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4482

2.5. Übersicht: Hilfreiche Webseiten für Geflüchtet aus der Ukraine in der EU

Im Folgenden finden Sie eine Zusammenfassung einiger hilfreicher Webseiten

- [Allgemeine Informationen der EU-Kommission](#) (auch auf Ukrainisch und Russisch verfügbar),
- [Interaktive Karte](#) mit Informationen zu Einreise- und Aufenthaltsregeln der einzelnen EU-Mitgliedstaaten,
- [Übersicht](#) über die Maßnahmen zur Unterstützung der Flüchtlinge aus der Ukraine auf EU-Ebene sowie aktuelle Zahlen,
- Informationen über die [Möglichkeit der Kontaktaufnahme/EU-Kontaktstellen](#) (auch auf Ukrainisch und Russisch verfügbar), z.B. über die Hotline 00 800 67891011,
- [Informationen des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen EUAA](#) (auch auf Ukrainisch und Russisch verfügbar), u.a. mit Link zur Webseite www.germany4ukraine.de,
- [Informationen des EUAA zu nationalen Kontaktstellen und Hilfsorganisationen in der EU](#)

2.6. Wege zum schulischen Erfolg

Die Kommission hat am 30. Juni 2022 einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für Wege zum schulischen Erfolg veröffentlicht.

Darin skizziert sie eine Reihe von konkreten politischen Maßnahmen, um frühe Schulabgänge zu verhindern und schlechten Leistungen bei den Grundkompetenzen (Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften) in der Gruppe der 15-Jährigen – insbesondere Schüler(innen) aus benachteiligten Verhältnissen – entgegenzusteuern.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4200

2.7. EU-Regeln zur Barrierefreiheit in Kraft

Für Menschen mit Behinderungen, Einschränkungen und älteren Menschen ist ein weiterer Meilenstein der Inklusion erreicht: Am 28. Juni 2022 lief die Frist für die Mitgliedstaaten ab, den Europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit in nationales Recht umzusetzen. Eine inklusive Gesellschaft, in der alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen, ist ein europäisches Ziel. Ein wichtiger Schritt dorthin ist die Barrierefreiheit.

Die Unternehmen haben nun drei Jahre Zeit, um ihre Dienstleistungen und Produkte an die gemeinsamen EU Anforderungen an die Barrierefreiheit anzupassen.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-regeln-zur-barrierefreiheit-sind-ab-heute-kraft-2022-06-28_de

2.8. Ziele der Mitgliedstaaten für ein sozialeres Europa bis 2030

Die für Beschäftigung und Soziales zuständigen Minister*innen der EU-Mitgliedstaaten haben bei ihrer Tagung am 16. Juni 2022 ihre nationalen Ziele für die Umsetzung des [Aktionsplans zur europäischen Säule sozialer Rechte](#) bis 2030 präsentiert. Die Kommission begrüßt das starke Engagement der Mitgliedstaaten für ein gerechtes und inklusives Europa voller Chancen. Mit ihren nationalen Verpflichtungen leisten die Mitgliedstaaten einen Beitrag zum gemeinsamen Streben nach Erreichung der drei EU-Kernziele in den Bereichen Beschäftigung, Kompetenzen und Armutsbekämpfung. So kündigt etwa Deutschland an, bis 2030 die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen im Vergleich zu 2019 um 1,9 Millionen zu verringern. Mindestens 83 % der 20- bis 64-Jährigen sollten einer Beschäftigung nachgehen und mindestens 65 % aller Erwachsenen jedes Jahr an Fortbildungen teilnehmen (s. hier eine Tabelle der Ziele aller Mitgliedstaaten).

[Im Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte](#) ist das Bestreben der EU dargelegt, ein starkes soziales Europa zu schaffen, in dessen Mittelpunkt Arbeitsplätze, Kompetenzen und soziale Inklusion stehen. Der Plan umfasst drei soziale Ziele auf EU-Ebene, die bis 2030 erreicht werden sollen:

1. Mindestens 78% der 20- bis 64-Jährigen sollten einer Beschäftigung nachgehen.
2. Mindestens 60% aller Erwachsenen sollten jedes Jahr an Fortbildungen teilnehmen.
3. Die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen sollte im Vergleich zu 2019 um mindestens 15 Mio. verringert werden, darunter mindestens 5 Mio. Kinder.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3782

TOP 3 | Förderaufrufe und Ausschreibungen

3.1. ESF Plus des Bundes: Integration durch Qualifizierung (IQ)

Am 7. Juli 2022 startete das Interessenbekundungsverfahren für das Förderprogramm IQ (Integration durch Qualifizierung). Das Förderprogramm IQ wird im Förderzeitraum

2023-2028 inhaltlich weiterentwickelt. Kern ist die Unterstützung von Arbeits- oder anererkennungssuchenden ausländischer Herkunft vor Ort. Neunzig Prozent der Budgetlinie von 420 Millionen Euro Gesamtausgaben werden durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und den Europäischen Sozialfonds finanziert, zehn Prozent steuern die antragstellenden Träger aus Eigen- oder Drittmitteln bei. Das BMAS begrüßt insbesondere Bewerbungen von Migrantenselbstorganisationen und Betroffenenorganisationen, von neuen und erfahrenen Trägern.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

3.2. Bürgerschaftliches Engagement

Das Hauptziel besteht darin, das aktive Engagement eines breiten Netzwerks europäischer Bürger(innen) bei den Europäischen Wahlen 2024 zu fördern und zu erleichtern.

Die zweite Aktion besteht aus Kommunikationsaktionen oder einer Reihe von Kommunikationsmaßnahmen (Offline und / oder Online), die die Bürger(innen) über die Europäischen Wahlen 2024 informieren und das demokratische Engagement unterstützen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

3.3. Kombination aus Kapazitätsaufbau und bürgerschaftlichem Engagement

Das Hauptziel ist es, das aktive Engagement eines breiten Netzwerks europäischer Bürger(innen) bei den Europäischen Wahlen 2024 zu fördern und zu erleichtern.

Bewerber*innen, die Vorschläge für die Aktionskategorien 1 (Kapazitätsaufbau) und 2 (Engagement der Bürger*innen) vorlegen möchten, können einen Vorschlag in der Kategorie Aktion 3 einreichen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

3.4. Erasmus+ - Europäisches politisches Netzwerk im Bildungsbereich für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund

Im Rahmen des Erasmus+ Programms hat die Europäische Kommission einen Aufruf für „Europäische politische Netzwerke (Erasmus-EDU-2022-NET) / Europäisches politisches Netzwerk im Bildungsbereich für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund“ veröffentlicht.

Die Einreichfrist endet am **12. Oktober 2022**.

Das allgemeine Ziel ist die Entwicklung und Unterstützung eines europaweiten Netzwerkes von relevanten Organisationen (politische Entscheidungsträger, Praktiker(innen), Forscher(innen), Vertreter(innen) von Migrantengemeinschaften und anderen Interessengruppen), welche sich mit der Analyse und der Ko-Kreation von Wissen zu folgenden Themen befassen:

- Wirksame politische Ansätze für eine qualitativ hochwertige integrative Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund,
- die Förderung der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Interessengruppen, um effektive Praktiken und innovative Ansätze weiter zu verbreiten und
- die Unterstützung der politischen Arbeit der Kommission zur Einbeziehung von Kindern und jungen Menschen mit einem Migrationshintergrund in und durch Bildung.

Dieses Netzwerk wird auf bestehenden Aktivitäten aufbauen, die auf europäischer Ebene entwickelt wurden. Insgesamt stehen 1,2 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

3.5. Erasmus+ - Europäisches politisches Netzwerk für Lehrer*innen und Schulleiter*innen

Im Rahmen des Erasmus+ Programms hat die Europäische Kommission einen Aufruf für „Europäische politische Netzwerke (Erasmus-EDU-2022-NET) / Europäisches politisches Netzwerk für Lehrer*innen und Schulleiter*innen“ veröffentlicht.

Die Einreichfrist endet am **12. Oktober 2022**.

Das allgemeine Ziel dieses Themas ist es, ein europäisches Netzwerk relevanter Organisationen politische Entscheidungsträger, Praktiker*innen, Forscher*innen und Interessengruppen zu entwickeln und zu unterstützen. Das Netzwerk soll die Zusammenarbeit, die Entwicklung und Umsetzung der Politik auf unterschiedlichen Governance-Ebenen fördern und unterstützen als auch die politische Arbeit der Kommission.

Dieses Netzwerk wird auf bestehenden Aktivitäten aufbauen, die auf europäischer Ebene entwickelt wurden, insbesondere auf Initiativen und Projekten, die durch Programme Europäische Union und politische Initiativen im Bildungsbereich unterstützt werden.

Insgesamt stehen 1,2 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Nehmen Sie gern Kontakt mit uns auf!

Fachbereich Europa: Lennart Walter
Tel. 0511 52486-384
E-Mail: lennart.walter@paritaetischer.de